



# HESSISCHER LANDTAG

15. 02. 2011

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktion der SPD betreffend Förderung der E-Mobilität in Hessen**

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung "alle Möglichkeiten zur Nachfragesteigerung in Sachen E-Mobilität ausschöpfen" will.
- Der Hessische Landtag teilt die Auffassung der Landesregierung, dass "eine Nachfragesteigerung bei der E-Mobilität über eine breite Palette von Maßnahmen erreicht werden kann. Angefangen bei einer lebenslangen Steuerbefreiung der Fahrzeuge, über Nutzungsvorteile beim Fahren und Parken in Innenstädten bis hin zur direkten Förderung beim Kauf eines Fahrzeugs."
- Der Hessische Landtag begrüßt Kooperationen zwischen der Automobilwirtschaft und der Branche der erneuerbaren Energien wie zum Beispiel zwischen der HSE und Opel oder SMA und VW.
- Der Hessische Landtag begrüßt und unterstützt die Gründung des Institutes für Dezentrale Energietechnologie (IDE) in Kassel mit einem Schwerpunkt im Bereich der E-Mobilität.
- Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Erreichung des Ziels, der Nachfragesteigerung in Sachen E-Mobilität selbst - oder über entsprechende Bundesratsinitiativen -, in folgenden Bereichen aktiv zu werden:
  1. Einbindung der Elektromobilität in ein schlüssiges hessisches Energiekonzept mit dem Ziel, dass Elektroautos zukünftig nur noch mit Strom aus erneuerbaren Energien fahren.
  2. Intensivierung der Forschungsaktivitäten im Bereich der E-Mobilität und der Speichertechnologien.
  3. Einrichtung zusätzlicher Lehrstühle für E-Mobilität durch Kooperation mit der Automobil- und Erneuerbaren-Energien-Wirtschaft (Stiftungsprofessuren).
  4. Schaffung eines Wagniskapitalfonds größerer Unternehmen für kleinere und mittlere Unternehmen.
  5. Sicherstellung der Anschlussfinanzierung für die Förderung der hessischen Modellregionen zur Erprobung der Elektromobilität.
  6. Erweiterung der Feinstaubverordnung um eine Plakette zur Kennzeichnung von Elektrofahrzeugen, die die freie Einfahrt in Umweltzonen ermöglicht.
  7. Einführung eines Verkehrsschildes in der Straßenverkehrsordnung für Parkplätze, die für Fahrzeuge mit dieser Plakette reserviert sind.

8. Vorübergehende Freigabe der Busspuren für Elektroautos.
9. Anpassung des Stadtplanungsrechts an neue Mobilitätskonzepte.
10. Anpassung des Energiewirtschaftsgesetzes an die Erfordernisse für Ladestationen im öffentlichen Raum.
11. Umstellung der Preisauszeichnung aller Kraftstoffarten an Tankstellen auf Kilowattstunden.

Wiesbaden, 15. Februar 2011

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**